

Riesfaer Tageblatt

Druckanstalt
Tageblatt Riesfaer
Bismarckstr. 22.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschmiedow, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfaer, des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptzollamts Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Verleger:
Riesfaer Nr. 52.

Nr. 242.

Freitag, 14. Oktober 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Achtung! Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Thiemann, Riesfaer; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfaer.

Wirtschaftskarussell.

Vorlicht vor Illusionen!

Optimismus ist gut und Handeln ist gut. Niemand soll in der ängstlichen Gedrücktheit der verflochtenen Jahre verharren in dumpfer Resignation und schwächlicher Unentschlossenheit, während die ersten Blütenknospen einer neuen Konjunktur hier und da schon sichtbar aufzukeimen beginnen. Aber es sei doch davor gewarnt, Optimismus mit Illusionismus zu verwechseln und die Menschen dazu zu veranlassen, außerirdischen Illusionen nachzugehen, die sich in dem Moment, wo man sie zu greifen vermeint, als schillernde Seifenblasen entpuppen und zwischen den Fingern zerrinnen.

Optimismus ist ein höchst ertreulichs Gewächs, aber es muß in dem Boden der Tatsachen wurzeln, wenn es Früchte tragen soll. So sei, mit aller geziemenden Würdigung des guten Willens des Reichsfinanzministers, einiges Wesentliche aus dem Inhalt seiner Münchener Rede, das zum Optimismus aufrufen wollte, mit den Tatsachen kontrastiert. Der Sinn solcher Kontrastierung ist nicht Verächtlichmachung eines gesunden Optimismus, sondern Warnung vor Illusionen. Leicht könnten sonst solche, die unbedenkenlich den autoritativen Worten des Führers einer autoritären Regierung glauben, bei der Jagd nach Illusionen unbedenklich wieder in neue Abgründe stürzen. Wenn der Reichsminister Gelegenheit gehabt hätte, vor der endgültigen Konzeption seiner Münchener Rede noch einmal sorgfältig vergleichende Kurstabellen aus der internationalen Wirtschaft und von den Weltbörsen zu studieren, dann hätte er wahrscheinlich in seine Rede nicht den Passus aufgenommen: „Die günstige Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten hat angehalten...“ Denn in den Kurven der New Yorker Börse z. B. von der die Behauptung am internationalen Effektenmarkt ausging, prägt sich die gegenwärtige Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten in Kursverlusten bis zu 40 Prozent des Höchststandes von Anfang September d. J. aus. Ebenfalls wäre es richtiger gewesen, nicht von der weiteren Behauptung vor allem der Rohstoffpreise zu sprechen, denn der New Yorker Kupferpreis ist weiterhin um 61 auf 6 Cents zurückgegangen, der Baumwollpreis auf 6,80 Cents gegenüber einem Höchststand von 9,25, der Weizenpreis auf 48 bis 49 Cents gegenüber 60 bis 62 im August/September. Die Schwerindustrie, „Deutsche Bergwerkszeitung“, die gewiß weit entfernt ist von der Tendenz, dem böhmisches Optimismus ängstlichen und unbedenklichen Desillusionismus entgegenzusetzen, schreibt über die Entwicklung in den USA: „Die erste Begeisterung über das Anfordungsprogramm des Präsidenten Hoover gehört der Vergangenheit an.“

So dreht sich das Weltwirtschaftskarussell, und was gestern noch im Schimmer der Morgenröte einer neuen Konjunktur lag, steht heute schon wieder im Dämmer einer ungewissen Zukunft. Herr Hoover hat die Folgen seines auf Illusionen aufgebauten Anfordungsprogramms schon an eigenen Leibe verspüren müssen. Er, der als Urbild eines ehrlichen Kaufmanns galt und zweifellos auch ein solcher ist, hat überwältigt von der wachsenden Not, einmal die grundsätzlichen Bedenken, die ihn fast vier Jahre abgehalten haben, beiseite gestellt und hat Illusionen geschaffen, während er gewiß nur gesunden Optimismus schaffen wollte. Nun ist die Enttäuschung so groß, daß kaum ein Mensch mehr ernsthaft von der Möglichkeit seiner Wiederwahl zum Präsidenten redet, die im Juli und August, der Blütezeit seiner Illusionen, gewiß schien.

Auch zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Gestaltung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ließen sich Bemerkungen machen, die das Gewicht jener Ausführungen beträchtlich vermindern könnten. Es wäre besser gewesen, wenn der Reichsminister mehr die Tatsache betont hätte, daß der Effekt eines Programms, wie es das der Reichsregierung ist, sich unmöglich schon nach drei Wochen Laufzeit beurteilen läßt und wenn er die immer bedenklichen statistischen Argumente weniger in den Vordergrund gehoben hätte.

Was bis jetzt geschrieben ist, gleicht bedenklich der Umkehrung eines Karussells; nur ein Wirtschaftskomplex kann jeweils auf der Sonnenseite liegen; wo die Landwirtschaft profitiert, leidet die Industrie und umgekehrt. Umkehrung aber muß Aufwärtsbewegung bedeuten, nicht Drehung auf dem gleichen Niveau. Aufwärtsbewegung aus der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation aber kann sich nicht von heute auf morgen, auch nicht von einem Monat auf den anderen vollziehen. Es wäre gut gewesen, wenn Herr von Papen die aufmerksame Spannung, mit der ganz Deutschland seine Rede vernommen hat, bemerkt hätte, um auch das eindringlich und ernst zu sagen, damit man nicht schließlich von ihm das Wunder erwartet, das auch er nicht vollbringen kann und dessen Ausbleiben, wenn man es in allzu nahe Aussicht gestellt hat, gefährliche Enttäuschung werden könnte.

Waffenfund in Hannover

Hannover, 14. Oktober. Bei einem Einwohner in der Coulinstraße wurden etwa 5000 Schuss Maschinengewehrmunition, 19 Gewehre Modell 98, ein komplettes schweres Maschinengewehr mit Ersatzteilen sowie ein Artilleriegeschloß beschlagnahmt. Der Wohnungsinhaber konnte bisher noch nicht festgenommen werden.

Einigung gegen Deutschland.

Deutschlands Einfluß in Genf soll noch vermindert werden.

Genf. In den heute geheim geführten Verhandlungen des 14gliedrigen Ausschusses für die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariates ist jetzt im großen eine endgültige Regelung gefunden worden, die in keiner Richtung den deutschen Interessen entspricht. Die Vereinbarung geht grundsätzlich dahin, daß in Zukunft neben dem Generalsekretär zwei stellvertretende Generalsekretäre und drei Untergeneralsekretäre aufgestellt werden sollen. Von diesen sechs Posten werden fünf den Vertretern der Großmächte und einer von dem Vertreter einer kleineren Macht besetzt. In internationalen Kreisen wird jetzt mit der Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär bereits als Tatsache gerechnet.

Der letzte Versuch von deutscher Seite, eine Einschaltung des deutschen Untergeneralsekretärs in die politische Leitung

durch Schaffung eines Turnus herbeizuführen, in dem die drei Untergeneralsekretäre abwechselnd den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs besetzen sollen, ist im Ausschuss von einer großen Mehrheit abgelehnt worden.

Die letzte Neuregelung bedeutet eine Einigung zwischen England, Frankreich und Italien mit den kleineren Mächten über den Kopf der deutschen Vertreter hinweg. Deutschland ist überhaupt nicht angesprochen worden. Der deutsche Einfluß würde sich im Völkerbundssekretariat nach dieser Regelung gegenüber dem bisherigen Zustand sogar noch verschlechtern. Der deutschen Regierung bleibt immer noch das Recht, die Zustimmung zu der Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär zu verweigern, wodurch infolge der Einstimmigkeitsbestimmungen die Ernennung unmöglich gemacht würde.

Polnische Minderheiten - „Beschwerden“ abgelehnt.

Genf. Im Völkerbundsrat kam es am Donnerstag zu einer interessanten Aussprache über die Lage der polnischen Minderheiten in Oberschlesien auf Grund zweier Beschwerden des Polenverbandes in Oppeln. Das außerordentlich umfangreiche Beschwerdematerial des Polenverbandes besteht ausschließlich aus völlig unbegründeten Klagen, die übrigens in einem ungehörigen anmaßenden Tone abgefaßt sind. Die preussische Staatsregierung hat zu den Beschwerden in einer eingehenden Denkschrift Stellung genommen und die Klagen als völlig unbegründet abgewiesen.

Der japanische Berichterstatter Nagata legte dem Völkerbundsrat einen Bericht vor, der gleichfalls eine restlose Zurückweisung sämtlicher polnischen Klagen bedeutet. Dieser Bericht stellt fest, daß für über die Hälfte der polnischen Klagen eine Behandlung vor dem Völkerbundsrat nicht in Frage kommen könne, da die Vorkommission außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Genfer Minderheitenkonvention von 1922 läge. Der Berichterstatter schlug dem Rat vor, für den geringeren Rest der Klagen eine Behandlung abzulehnen und den Generalsekretär zu beauftragen, diese der deutschen Regierung für die Erledigung durch das Lokale Verfahren zu übermitteln. Der Bericht lehnt damit ausnahmslos die Prüfung der zahllosen polnischen Beschwerden durch den Völkerbundsrat ab. Der polnische Außenminister Zaleski gab hierzu eine kurze Erklärung ab, in der er wiederum eine Verallgemeinerung des Minderheitenrechtes auf alle Minderheiten forderte. Der deutsche Vertreter Ge

landt von Rosenburg erwiderte in deutscher Sprache, die polnische Minderheit in Oberschlesien habe durch die Einbringung dieser Klagen ihre Befugnisse weit überschritten. Sowohl der Sache des Völkerbundes wie der Minderheiten werde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn die beschwerdeführende Minderheit wie im vorliegenden Falle unbedingte und unbegründete Klagen vorbringe. Ereignisse aus der Vergangenheit ausgerechnet, die bereits vor Jahr und Tag vor internationalen Instanzen entschieden seien und obendrein ihre Beschwerde in einem wenig angemessenen Ton faßte. Ohne Aussprache wurde darauf der Bericht des japanischen Berichterstatters angenommen.

Der Völkerbundsrat nahm ferner ohne Aussprache einen Bericht des japanischen Berichterstatters über die vom Polenverband in Deutschland an den Völkerbundsrat übermittelten Beschwerden der polnischen katholischen Schulverbände entgegen, in der der Versuch von privaten polnischen Fortbildungsschulen in Oberschlesien behandelt wird. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten beschloß der Völkerbundsrat, einen juristischen Dreierausschuß einzusetzen, der zunächst die Frage klären soll, ob die deutschen Behörden das Recht haben, außer dem Besuch der privaten polnischen auch den der deutschen öffentlichen Schulen zu verlangen, solange nicht der Unterricht in den polnischen Privatschulen von den deutschen Schulbehörden als „genügend“ angesehen worden sei.

Geplante Milderungen der Notverordnung.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der beteiligten Organisationen für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen über die Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erlassenen Rentenversicherungen, sowie über die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie die Kreuzzeitung berichtet, wird die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 befristet bleibt und dessen Höhe nach dem Familienstand gestaffelt wird. Weiter soll eine Reihe von Härten ausgeglichen werden. Auch für die Krankenversicherung denkt man an eine beschränkte Wiedereinführung der Mehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. 12. 1931 unterbunden wurden.

In der Unfallversicherung erwartet man eine Befreiung derjenigen Parteien, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, nach denen alle Renten aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 v. H. die Renten für alle übrigen Unfälle um 7 v. H. vermindert wurden.

Auch bei der allgemeinen Rentenversicherung denkt man an eine Abänderung der Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni infoweit, daß den einzelnen Versicherungen die Ertragsung der gesetzlichen oder Regelleistungen durch Mehrleistung auch weiterhin gestattet bleibt bzw. jetzt gestattet wird.

Das Ergebnis dieser Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften wird Mitte der kommenden Woche Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

Deutsche Agrarbeschwerden wieder vertagt.

Ausrufung des Saager Gerichtshofes?

Genf. In der Sitzung des Völkerbundsrates teilte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen, der japanische Berichterstatter Nagata, mit, daß der vom Völkerbundsrat unter seinem Vorsitz eingesetzte Dreier-Ausschuß, dem die italienischen und englischen Juristen Plotti und Mallin angehören, trotz eingehender Beratungen in Genf und Paris im Mai nicht in der Lage gewesen war, die Arbeit über die Agrarbeschwerden des Ausschusses in Polen abzuschließen. Er beantragte, diese Frage auf die

Ratssitzung vom 14. November zu vertagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Zu diesem Verfassungsvertrag wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß der Dreier-Ausschuß in der deutschen Regierung den Entwurf des Berichts bald überreichen wird. Da es sich hierbei um die weittragende Frage der Entwertung des deutschen Grundbesitzes in den abgetretenen Gebieten handelt, so ist dringend eine sorgfältige Prüfung und Klarheit des Berichts erforderlich. Da die Arbeiten des Dreier-Ausschusses infolge des umfangreichen Materials bis jetzt nicht abgeschlossen werden konnten, ist von deutscher Seite dem Verfassungsvertrag des japanischen Berichterstatters zugestimmt worden. Die deutsche Abordnung wird selbstverständlich bis zu der nächsten Ratssitzung eingehend prüfen, ob der Bericht des Dreier-Ausschusses die für die deutschen Interessen notwendigen Bestandteile enthält. Unter keinen Umständen wird von deutscher Seite auf wichtige Punkte verzichtet werden. Sollte sich jedoch ergeben, daß der kommende Bericht des Dreier-Ausschusses nicht den deutschen Interessen entspricht, so wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß sodann eine Anrufung des Internationalen Saager Gerichtshofes erforderlich wird.

Deutschlands Reorganisationsforderungen in Genf.

Genf. (Zuspruch.) Die Beratungen des Sonderausschusses über die Reorganisation des Völkerbundssekretariates sind in ein kritisches Stadium eingetreten.

Der deutsche Delegierte Freiherr von Heinebaben hat gestern abend mit aller Entschiedenheit gefordert, daß gemäß dem Resolutionsentwurf künftig der Grundbesitz festgelegt wird, daß kein Staat durch mehr als zwei Funktionäre unter den obersten Beamten des Sekretariats vertreten sein darf. Gegen diese grundsätzliche deutsche Forderung setzte gestern plötzlich ein Gegenangriff ein. Der deutsche Vertreter hat daraufhin mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß Deutschland gegen die ganze Reform stimmen werde, wenn in diesem entscheidenden Punkte der deutschen Forderung nicht Rechnung getragen wird. Diese entschiedene Haltung der deutschen Delegation hat offensichtlich eine starke Wirkung ausgeübt.

Heute vormittag konnte nach Wiederaufnahme der Sitzung des Ausschusses festgestellt werden, daß von verschiedenen Seiten der Wille zum Einlenken bekundet wurde. Man hat zunächst heute die Sitzung des Sonderausschusses wieder unterbrochen und den Präsidenten beauftragt, nach einem Kompromiß zu suchen, das heute abend dem Ausschuss vorgelegt werden soll.